

GR. Harry POGNER

14.05.2009

## **A N F R A G E**

Betr.: Lebensmittelkontrolle

In Graz werden an Samstagen auf 16 Lebensmittelmärkten, von über 500 Marktbes chickern und Händlern, Waren zum Verkauf angeboten. Die Grazer Märkte sind damit ein ganz wichtiger Nahversorger unserer Bevölkerung. Darüber hinaus sind sie aber auch eine Attraktion für Graz Besucher aus allen Ländern. Dabei ist vor allem wichtig, dass sich die Kunden sicher sein können, dass die Angebotenen Waren lebensmittelhygienisch einwandfrei sind. Ebenso ist es natürlich von Bedeutung, dass z.B. nur marktfähige Pilze angeboten werden oder, dass der Verkauf von nicht einwandfreien Waren untersagt wird. Dies wurde bisher dadurch gewährleistet, dass die Lebensmittelkontrolle die Marktbes chicker, auch an Samstagen, ständig überprüfte. Die Samstagkontrollen sind deshalb so wichtig, da ein Teil dieser Marktbes chicker ihre Produkte nur an Samstagen auf den Märkten anbieten und an den anderen Wochentagen ihre Waren nicht im Grazer Stadtgebiet verkaufen. Um den Grazerinnen und Grazern aber die Gewissheit geben zu können, dass die Angebotenen Waren in Ordnung und marktfähig sind, ist es notwendig, dass für diese große Anzahl von Märkten und Marktbes chickern, die Lebensmittelkontrolle auch an Samstagen, in ausreichender Personalstärke, ihren Überprüfungen nachkommen kann.

Namens der ÖVP Gemeinderatsfraktion richte ich daher an dich sehr geehrter Herr Bürgermeister die

### **A n f r a g e,**

warum die Lebensmittelkontrolle trotz dieses ersichtlichen Kontrollbedarfes und trotz der notwendigen Qualitätssicherung für die Grazer Bevölkerung, seit einiger Zeit an Samstagen – unsrem stärksten Markttag - nur mehr mit einem Kontrolleur Dienst verrichtet und wie damit die Lebensmittelsicherheit auf den Grazer Märkten gewährleistet werden kann?



Betr.: Umwandlung von Wasserschutzschongebieten

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: [spoe.klub@graz.at](mailto:spoe.klub@graz.at)

[www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub](http://www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub)

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 14. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich stelle an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

#### **die Anfrage,**

welche Wasserschutz- bzw. Wasserschongebiete und in welchem Flächenausmaß wurden in Graz seit der letzten großen Revision des Flächenwidmungsplanes aufgehoben?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

**Betreff: Maßnahmenpaket gegen Grazer „Lärmzonen“**

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 14. Mai 2009

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister!**

Tatsache ist, dass Lärm, wie auch eine Studie im Forschungsverbund Lärm & Gesundheit im Auftrag der WHO zeigt, einer der belastendsten Faktoren ist und die Gesundheit nachträglich beeinträchtigt.

Umso wichtiger wäre es, diesem Umstand Rechnung zu tragen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu setzen und das Gesundheitsrisiko Lärm nicht durch Pseudomaßnahmen – wie etwa ein Handyverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln – zu verniedlichen. Oder etwa, wie das jüngste Beispiel zeigt, mit der Einführung von Ruhezeiten in Parks oder am Schlossberg den Blick auf das wahre Ausmaß des Themas Lärmbelastung zu hintertreiben. Sagen wir es, wie es ist: AnrainerInnen des Bahnhofsgürtels, der Wienerstraße, der Liebenauer Hauptstraße, der Radegunder Straße, der Kärntner Straße – und diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen – müssen sich ob deines Vorschlages von Ruhezeiten, salopp formuliert, gepflanzt fühlen.

Nicht Telefonieren in der Tram, am Schlossberg oder im Stadtpark ist eine Gesundheitsgefahr – davon spricht die WHO nicht. Sie nennt die wahren Problemfelder: Straßenverkehrslärm, Fluglärm, Schienen-, Gewerbe- und Nachbarschaftslärm sind die wirklich gefährlichen Faktoren, die zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen, die das Risiko für Allergien, Herz-Kreislaufkrankungen, Bluthochdruck und Migräne erheblich ansteigen lassen. Und ganz besonders sind es lärmbedingte Schlafstörungen, die laut dieser Studie eine enorme Gefahr darstellen, die das Risiko für Allergien um 46 Prozent, für Herz-Kreislauf-Symptome um 45 Prozent, für Bluthochdruck um 49 Prozent und für Migräne um 56 Prozent ansteigen lassen.

Das sind seriöse Untersuchungsergebnisse im Auftrag der WHO, die sehr ernstzunehmende Aussagen beinhalten – Lärmbelastung ist demnach ganz sicher kein Thema, das sich für populistische Alibihandlungen eignen sollte. Oder will man den BewohnerInnen etwa des Bahnhofsgürtels nahe legen, in der Nacht in einer

Ruhezone im Stadtpark zu campieren? Wenn Lärm wirklich thematisiert werden soll, wenn es ernst gemeint ist mit einem Aktionsprogramm gegen die Lärmbelastung, dann nützen ein paar Oasen nichts – ganz im Gegenteil: Das wirkt vielmehr so, als wolle die Politik sich und den Betroffenen Sand in die Augen streuen, wie dies ja auch bereits Gesundheitsstadtrat Wolfgang Riedler angesichts der Einführung des dubiosen Handyverbots in den öffentlichen Verkehrsmitteln kritisierte und stattdessen einen übergreifenden, stadtweiten Aktionsschwerpunkt Lärm einforderte..

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, daher

die Anfrage,

ob du bereit bist, die Lärmbelastung und die gesundheitlichen Folgen endlich seriös zum Thema zu machen und in einem ersten Schritt unter Einbindung der Bezirksvertretungen die gravierendsten „Lärmzonen“ erheben zu lassen, um daraus folgend ein Maßnahmenpaket gegen die Lärmbelastung entwickeln zu lassen.



Betr.: Österreichs Ausstieg aus CERN

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 14. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Österreich plant nach 50 Jahren seine Mitgliedschaft im Europäischen Physik-Labor CERN bei Genf zu beenden. Dies hat Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn vor Tagen angekündigt. Seitdem hagelt es heftige Proteste von Wissenschaftlern. Bereits bis Mitte der Woche sind mehr als 8.000 Unterschriften gegen diesen Plan zusammengekommen. Forscher sind entsetzt, wie z.B. der bekannte Wiener Physiker Walter Thirring, der die Entscheidung für eine „Katastrophe“ hält. Auch für den Atomphysiker Karl Zankel, der am CERN tätig war, ist dieser Plan nicht nachvollziehbar. Herbert Pietschmann, früher Direktor des Instituts für Hochenergiephysik der Österreichischen „Akademie der Wissenschaften“ spricht von einem „historischen Irrtum“.

Für die meisten der wissenschaftlichen Community ist dies der „dümmste Zeitpunkt“ für einen CERN-Ausstieg; auch die Studierenden protestieren, da sie ihrer Meinung nach enorm vom CERN-Projekt profitieren, an dem viele hochkarätige österreichische Wissenschaftler und Lehrende beteiligt sind. Und auch aus der Wirtschaft kommt entsprechende Kritik.

Der Jahresbeitrag Österreichs zu der weltgrößten zivilen Forschungsanlage betrage 20 Mio Euro, was 70 Prozent der Mittel ausmache, die das Land für internationale Forschungsorganisationen ausbe, erklärte Dr. Hahn. Für neue Kooperationen sei daher kaum Geld da.

Selbst in der Bundesregierung findet Wissenschaftsminister Dr. Hahn nicht volle Unterstützung. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil es sich bei der CERN-Mitgliedschaft um eine staatsvertragliche Vereinbarung handelt und im Ministerrat und im Parlament müssten bei einem Ausstieg beide Regierungspartner einverstanden sein.

Graz gilt angesichts der Universitäts-, Fachhochschul- und Kompetenzzentren-Landschaft als eine der universitären Excellence-Städte auf der europäischen Landkarte. Für die internationale Reputation steht beispielhaft der bekannte „Weltraumpapst“ Univ.-Prof. Willibald Riedler.

Aus diesem Grunde ist es auch für die WissenschaftlerInnen aus Graz von eminenter Bedeutung, wenn Österreich eine wissenschaftliche Führungsposition verlieren würde.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als zuständiger Referent für die universitäre Forschung

**die Anfrage,**

du mögest an den zuständigen Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn, an die Mitglieder der Bundesregierung und an den zuständigen parlamentarischen Ausschuss seitens der Wissenschaft Graz herantreten, im Interesse der österreichischen Forschungslandschaft vom Ausstieg Abstand zu nehmen und die hierfür notwendigen Mittel in einer gemeinsamen Kraftanstrengung des Bundes zur Verfügung zu stellen.



Betr.: Mähen von brach liegenden Grundstücken

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 14. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

So regelmäßig wie der Sommer Jahr für Jahr ins Land zieht, sind auch insbesondere die BezirksvorsteherInnen der Grazer Stadtrandbezirke mit Beschwerden über ungepflegte Grundstücke konfrontiert. Wer einmal das zweifelhafte Vergnügen gehabt hat, in der Nachbarschaft eines derart verwahrlosten Grundstückes zu wohnen, der kann diese Beschwerden mit Sicherheit nachvollziehen.

Es ist nicht in erster Linie ein optisches Problem – vielmehr stört die Gefahr der Verunkrautung und die Belastung durch tierische Schädlinge.

Wie schon gesagt, das Problem ist nicht neu und es wurde auch zumindest zweimal, nämlich im Oktober 2007 und im November 2008, in Form von Anträgen im Grazer Gemeinderat abgehandelt. Die in diesen Anträgen geforderte Petition an den Steiermärkischen Landtag zur Erlassung einer gesetzlichen Grundlage für eine nachfolgende ortspolizeiliche Verordnung einer Mähpflicht gibt es leider noch immer nicht!

Die Grazer Bürgerinnen und Bürger dürfen sich zwar über ein Handyverbot in Straßenbahnen und medienwirksam angekündigte Ruhezeiten freuen, sie können aber auch im Sommer 2009 ihren eigenen Garten nicht als Erholungsoase genießen, wenn in der Nachbarschaft ein Grundstücksbesitzer sein Grundstück nicht pflegt.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **Anfrage,**

was haben sie bisher unternommen, um die in den Gemeinderatsanträgen von GR Rieger im Oktober 2007 bzw. GR Mag. Kvas im November 2008 geforderten Voraussetzungen für die Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung in Bezug auf eine „Mähpflicht für brachliegende Grundstücke“ zu erwirken?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159

Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Donnerstag, 14. Mai 2009

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

## **Anfrage an den Bürgermeister**

### **Betrifft: Zusätzliche Beleuchtung in der Starhembergasse**

Die BewohnerInnen der ENW (Ennstaler Neue Heimat) Starhembergasse 13 und 15 sind mit einer Bitte an uns herangetreten. Bei der Ein- bzw. Ausfahrt der Wohnhaussiedlung zur Starhembergasse gibt es immer wieder Probleme aufgrund der schlechten Lichtverhältnisse. Abgesehen davon, dass es insgesamt in dieser Gasse zu wenig Beleuchtungskörper gibt, verdecken Bäume zusätzlich die vorhandenen Lichtquellen. Das hat dazu geführt, dass es bereits einige Zwischenfälle gegeben hat, wobei insbesondere Kinder der Wohnhaussiedlung sehr gefährdet sind. Eine Beleuchtung links und rechts bei der Zufahrt könnte dem Abhilfe schaffen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

## **Anfrage**

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, um den Sachverhalt in der Starhembergasse 13 und 15 prüfen zu lassen und eine entsprechende Lösung im Interesse der BewohnerInnen herbeizuführen?



## **KPÖ – Gemeinderatsklub**

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159

Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Donnerstag, 14. Mai 2009

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

### **Anfrage an den Bürgermeister**

#### **Betrifft: Geplantes Laufhausprojekt in der Neubaugasse**

Vor einigen Tagen haben sich BewohnerInnen des Bezirkes Lend an uns gewendet und um Unterstützung bei ihrem Protest gegen das geplante Laufhausprojekt in der Neubaugasse 37 gebeten. Ihre Sorge ist sehr groß, dass sich durch dieses Bordell die Wohnsituation für die Bevölkerung und insbesondere für Jungfamilien mit Kindern deutlich verschlechtern wird und sie sprechen sich deshalb strikt gegen diesen Standort aus.

Da es auch im Interesse aller politisch Verantwortlichen in unserer Stadt sein muss, die Lebensqualität der BürgerInnen und Bürger in der Stadt Graz zu erhalten bzw. zu verbessern,

stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Herr Bürgermeister, folgende

### **Frage**

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu beauftragen, die bestehenden Gesetze daraufhin zu überprüfen bzw. gegebenenfalls Möglichkeiten der Veränderung zu überdenken, damit auf Perspektive eine Ausnahmeregelung für Wohngebiete umgesetzt werden kann?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159

Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Donnerstag, 14. Mai 2009

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

## **Anfrage an den Bürgermeister**

### **Betrifft: Personelle Ausstattung im Sozialamt**

Ende April musste das Pflegeheim Marianne in Graz-Andritz wegen schwerer Missstände zum Schutz der BewohnerInnen geschlossen werden. Es wurden Mängel in Pflege, Hygiene und Organisation festgestellt. Die grobe Vernachlässigung der Pflegebedürftigen hat sogar dazu geführt, dass jede/jeder fünfte der insgesamt 87 BewohnerInnen laut Sachverständigen Wundgeschwüre am Gesäß, am Rücken oder an der Ferse hatte.

Obwohl das Referat für Sozialplanung bei einer Informationsveranstaltung vor ca. 2 Jahren darauf hingewiesen hat, dass es drei Arten von Überprüfung für Pflegeheime und Pflegeplätze gibt – nämlich die Mängel-, Anlass- und Routinekontrolle – die aus ihrer Sicht dazu beiträgt, dass eine qualitätsvolle Pflege innerhalb der Stadt sichergestellt werden kann, löst dieser vorher skizzierte Sachverhalt Zweifel aus, ob die bisher getroffenen Maßnahmen im Interesse der Pflegebedürftigen ausreichend sind.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

## **Anfrage**

Sind zusätzliche Maßnahmen bezüglich einer Verbesserung der personellen Ausstattung im Sozialamt erforderlich bzw. geplant, um eine dichtere Kontrolle zur Überprüfung der Pflegeheime und eine effektivere Fachaufsicht gewährleisten zu können?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderat Manfred Eber

12. Mai 2009

## ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

**Betr.: Nicht beantwortete Anfrage vom 15. 01. 2009 zu „Gastgärten auf öffentlichem Grund und Gewerbeordnung“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 15. Jänner 2009 stellte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Anfrage an Sie:

*„Nicht nur der Betrieb eines Gastgartens auf privatem Grund benötigt eine gewerberechtliche Genehmigung auf der Grundlage der österreichischen Gewerbeordnung. Dem widersprechend wurden in Graz betriebene Gastgärten (welche auf privatem und öffentlichem Grund errichtet wurden) offenbar keinem ordentlichen Bewilligungsverfahren unterzogen. Ein und dasselbe Gesetz wird offensichtlich divergierend ausgelegt. Nicht anders ist Ihre Anfragebeantwortung vom 14. Juni 2007 zu verstehen. Sie teilen darin mit, dass das Straßenamt – eine dafür übrigens nicht zuständige Abteilung – die Rechtsauffassung vertritt, dass für den Betrieb von Gastgärten auf öffentlichem Grund eine gewerberechtliche Genehmigung nicht erforderlich sei. Auch die für diese Materie tatsächlich zuständige Abteilung der Stadt Graz – die Bau- und Anlagenbehörde – erteilte in der Vergangenheit schriftliche Auskünfte, wonach „die Errichtung eines Gastgartens unter den Voraussetzungen des § 112 Abs. 3 GewO hinsichtlich der Emissionsart Lärm nicht genehmigungspflichtig, sondern lediglich eine Anzeige nach § 81 Abs. 3 GewO erforderlich“ sei. (A17, GZ 022094/2005 vom 29. 5. 2006). Dem widerspricht die Praxis anderer österreichischer Verwaltungsbehörden und unter anderem auch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes in einem Erkenntnis vom 27. Juni 2007. Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende*

### *Anfrage*

*Wie viele Gastgärten wurden zum Stichtag 1. September 2008 in Graz ohne Durchführung eines ordentlichen Bewilligungsverfahrens betrieben und bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigen Sie, diesen gesetzwidrigen Zustand beizubehalten?“*

Nunmehr hat die Gastgartensaison bereits begonnen und die Anfragebeantwortung steht immer noch aus. Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage**

Sind Sie bereit, meine Anfrage vom 15. Jänner 2009 schriftlich zu beantworten, wenn ja, mit welchem Zeithorizont habe ich für die schriftliche Ausfertigung zu rechnen?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

14. Mai 2009

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

## Anfrage

**Betr.: Sichtstörende Werbung in Straßenbahnen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ziel einer verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Verkehrspolitik muss sein, die öffentlichen Verkehrsmittel als preiswerte, sichere und angenehmere Alternative dem Individualverkehr gegenüberzustellen.

Größere und kleinere Faktoren wirken sich auf die Zufriedenheit der Fahrgäste aus: So wird von der Politik stets die Preisgestaltung im Auge zu behalten sein, die Fahrfrequenz muss - vor allem abends - noch deutlich verbessert werden u. a. m.

Ein Umstand, der ganz sicher nicht zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, sondern eher zur Verärgerung vieler zahlender Fahrgäste beiträgt (aber leicht zu korrigieren wäre) ist die Unsitte, Fenster durch Werbefolien zu verkleben und so den Passagieren den Blick auf unsere schöne Stadt zu erschweren oder zu verunmöglichen. Erfolgt diese aufdringliche Gestaltung blickdicht und über mehrere Scheiben zugleich, wird vor allem älteren Passagieren auch die Orientierungsmöglichkeit reduziert.

Wenn schon Werbung sein muss, so bieten die Metallflächen der Verkehrsmittel garantiert genug Raum für entsprechende Reklamehinweise.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

## Anfrage:

Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, dass in Zukunft die Sichtscheiben der öffentlichen Verkehrsmittel in Graz zur Gänze als Werbeflächen ungenutzt bleiben?

Gemeinderätin Gertrude Schloffer

Dienstag, 12. Mai 2009

**ANFRAGE**  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

**Betr.: Verwendung für funktionslos gewordenes GVB-Wartehäuschen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die KPÖ setzt sich –auch mit Anfragen im Gemeinderat – stets dafür ein, dass mehr GVB-Wartehäuschen errichtet werden.

Oft wird uns entgegnet, dass dies aus verschiedensten Gründen nicht möglich wäre. Jetzt hat sich aber folgender Fall ergeben. Wegen der Verlegung einer GVB-Haltestelle in der Straßgangerstraße ist das bestehende Wartehäuschen auf Höhe Spar – vis a vis Billa – funktionslos geworden, weil an der neuen Haltestelle kein Wartehäuschen Platz findet.

Es wäre sinnvoll, dieses Wartehäuschen zu einer Haltestelle zu transferieren, wo die GVB-Passagiere ein Wartehäuschen wollen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, bei den GVB die oben angesprochene Verlegung dieses funktionslos gewordenen Wartehäuschens anzuregen?

Gemeinderat **Mag. Gerhard Mariacher**

Anfrage an **Herrn Bürgermeister Mag. Nagl**, eingebracht in der  
**Gemeinderatssitzung vom 14.05.2009**

Sehr geehrter Herr  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8011 Graz

**Betreff: Störfälle bei elektronischen Anzeigetafeln an GVB-Haltestellen**

Graz, 14.05.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Die elektronischen Anzeigetafeln an GVB-Haltestellen, welche die Ankunftszeit der nächsten Straßenbahn bzw. des nächsten Busses anzeigen, sind zwar durchaus praktisch und vor allem für ältere Menschen durchaus vorteilhaft, allerdings sind sie leider häufig von Störungen betroffen, weshalb dieses Service oft nicht den GVB-Kunden zur Verfügung steht.

Da diese Ausfälle keine Einzelfälle darstellen, sondern in regelmäßigen Abständen zu beobachten sind, stellt sich die Frage, ob hier ein weiterreichender Systemfehler vorliegt.

Es empfiehlt sich also diesem Problem auf den Grund zu gehen, um für die Zukunft ein störungsfreies Funktionieren gegenständlicher Anzeigetafeln zu gewährleisten.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

**Anfrage**

gem. §16 der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:

**Sind Sie bereit in Ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG, zu der die GVB zur Gänze gehört, sämtliche Veranlassungen zu treffen, um der im Motivenbericht dargestellten Problematik Herr zu werden?**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Graz, 14.05.2009

**Betr.: Nachträgliches Aufrüsten auf Solarenergie Messehalle ;**  
mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Bereits im Zuge der Entwurfsplanungen für die neue Messehalle hätte man die entsprechende Nutzung der Dachflächen für Solar- und Photovoltaiktechnologie berücksichtigen müssen. In Summe handelt es sich hierbei um eine beachtliche Gesamtfläche, die privaten Investoren in dieser Größe nur selten zur Verfügung steht. Die Dachfläche der neugebauten Messehalle A beträgt 11.150 m<sup>2</sup> und jene der Stadthalle inkl. Vordach beträgt 10.750 m<sup>2</sup>.

Die Stadt Graz hat es verabsäumt, hier im großen Stil Solar- und Photovoltaiktechnologie zum Einsatz zu bringen. Das wäre eine große Chance gewesen endlich eine Vorreiterrolle in Sachen „saubere Energiegewinnung“ einzunehmen. Ganz nebenbei hätte sich eine derartige Anschaffung sehr rasch amortisiert, da in diesem Segment der Energiegewinnung die Anschaffung den Löwenanteil der notwendigen Kosten ausmacht, wohingegen die Energiegewinnung selbst nahezu kostenlos erfolgt.

Sie, geschätzter Herr Bürgermeister, haben zwar in der Vergangenheit bereits eingeräumt, dass hier auf die Berücksichtigung von Solarenergie einfach „vergessen“ wurde, aber Korrekturvorschläge sind bisher keine erfolgt.

Ein nachträgliches Aufrüsten ist zwar nur beschränkt möglich ist, da die Decken beider Hallen nahezu am Limit ihrer Belastungskapazitäten stehen, zumal bei der Halle A ein sehr aufwendiges Blitzschutzsystem angebracht wurde, dennoch sollten alle möglichen Maßnahmen geprüft werden. Daher richte ich namens des FPÖ Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

**Anfrage**

gem. §16 der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:

**Sind Sie bereit Gutachten einholen zu lassen in welchem Umfang eine Installation von Solar- und Photovoltaiktechnologie bei gegenständlichen Gebäuden, unter Berücksichtigung der vorhandenen baulichen Substanz, möglich ist, um diese im Anschluss dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen?**

Gemeinderätin **Ingrid Benedik**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Graz, 14.05.2009

Betr.: **Heimgartenbesitzer, Jahresticket Grüne Zonen**; mündliche  
Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Graz beheimatet im Stadtgebiet zahlreiche Heimgartenanlagen. Diese stellen für ihre Betreiber ein finanziell erschwingliches und vor allem leicht erreichbares Naherholungsgebiet dar.

Nun sind in Zukunft gerade die Bezeichnungen „leicht erreichbar“ und „finanziell erschwinglich“ stark gefährdet. Die geplante und teils bereits umgesetzte Ausweitung der Grünen Zonen auf das gesamte Stadtgebiet macht auch vor den Grazer Heimgartenanlagen nicht halt.

Leider mussten nun viele Betreiber erfahren, dass sie beim Kauf eines Jahrestickets für die Grünen Zonen nicht analog zu den Hauptwohnsitznehmern behandelt werden, sondern vielmehr den gesamten Ticketpreis zu bezahlen haben. Ausnahmen scheinen nicht möglich zu sein.

Erstaunlich hierbei ist allerdings die Tatsache, dass die Heimgartenbesitzer, wenn es darum geht Gebühren zu entrichten, die dem Haupt- oder Nebenwohnsitznehmer in Rechnung gestellt werden, durchaus in diesem Sinne behandelt werden.

Wenn es allerdings darum geht, Vergünstigungen, wie eben jene des verbilligten Jahrestickets für die Grünen Zonen, in Anspruch zu nehmen, dann bleiben ihnen diese vorenthalten. Die Grünen wie auch Blauen Zonen lassen Vergünstigungen nur für den Hauptwohnsitznehmer zu. Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

**Anfrage**

gem. §16 der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:

**Sind sie bereit in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Graz durch die entsprechenden Stellen und Ämter prüfen zu lassen, ob auch für die Besitzer von Heimgartenanlagen ein reduzierter Kaufpreis von Dauerparkgenehmigungen in den Grünen Zonen anwendbar ist?**



**KO Armin Sippel**

An den  
Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

14.05.2009

Betrifft: **Enquete zum Thema Opferschutz für Kinder**  
**Anfrage an den Bürgermeister**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Am 13.11. 2008 wurde von Herrn Gemeinderat Baumann namens der Grünen–ALG und der ÖVP der Antrag gestellt, eine Enquete zum Thema **Opferschutz für Kinder** zu veranstalten.

Dieser Antrag war also offenbar der Exponent eines gemeinsamen Wunsches des Grünen sowie des ÖVP Klubs.

In Ihrer Antwort vom 16.04.2009 teilen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dem Antragsteller sinngemäß mit, dass derzeit keine budgetären und personellen Ressourcen zur Verfügung stünden, um eine derartige Veranstaltung durchzuführen. Ebenso sei, so erläutern Sie weiter, eine budgetäre Nachbedeckung nicht mehr möglich.

Am 7. Mai 2009 durften wir dann aus der Kleinen Zeitung erfahren, dass sich Schwarz-Grün 200 Millionen Euro an Investitionen bis zum Jahr 2015 in ihren Ressorts aufteilen. Die Verteilung erfolgte sicher nach rein sachlichen Gesichtspunkten und nach dringenden ressortpolitischen Notwendigkeiten - ohne jeden parteipolitischen Hintergrund. Auf jeden Fall handelt es sich um eine stattliche Summe, die man sich hier gesichert hat.

Nun drängt sich aber die Frage auf, ob angesichts der Tatsache, dass es sich bei gegenständlicher Enquete um eine Veranstaltung zum Wohle unserer Kinder handelt, die Prioritäten noch richtig verteilt werden.

Ich vermute nämlich, dass eine Enquete dieser Art im Vergleich zu diversen anderen schwarz-grünen Wohlfühlveranstaltungen noch verhältnismäßig günstig sein dürfte.

Auf jeden Fall besteht ein Aufklärungsbedarf in der Frage, ob in unserer Stadt tatsächlich kein Geld für Jene vorhanden ist, die unseres Schutzes am meisten bedürfen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

**Anfrage:**

- **Stimmt es, dass Sie nicht bereit sind, für die im Betreff angeführte Veranstaltung budgetäre Mittel zur Verfügung zu stellen?**
- **Halten Sie eine Veranstaltung dieser Art für nicht Ziel führend?**
- **Werden Sie sich in naher Zukunft für die Durchführung gegenständlicher Enquete verwenden?**